

es als notwendig, die Beziehungen zwischen den europäischen Ländern zu festigen und die Probleme der Sicherung des Friedens in Europa auf der Grundlage der Anerkennung des in diesem Raume entstandeneⁿ territorialen Status quo, insbesondere der Anerkennung der Grenzen zwischen der DDR und der BRD sowie der Oder-Neiße-Grenze, zu lösen. Es wurde der Meinung Ausdruck verliehen, daß die DDR und die UdSSR gemeinsam mit ihren sozialistischen Verbündeten und vielen anderen Ländern, die für die Stärkung der Sicherheit in Europa eintreten, auch weiterhin die europäische Sicherheitskonferenz vorbereiten und alles von ihnen Abhängende tun werden, um deren erfolgreiche Durchführung zu gewährleisten.

Die Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und der UdSSR sind einmütig der Auffassung, daß es mit den Interessen der Erreichung einer stabilen Sicherheit und gleichberechtigten Zusammenarbeit unvereinbar ist, wenn imperialistische Versuche - in welcher Form auch immer - unternommen werden, die internationalen Positionen und souveränen Rechte der DDR, die einen wichtigen Platz im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Welt von heute einnimmt, zu beeinträchtigen.

Die Deutsche Demokratische Republik als zuverlässiger Faktor des Friedens und der Sicherheit muß an der weltweiten internationalen Zusammenarbeit, insbesondere auch im System der Organisation der Vereinten Nationen, uneingeschränkt und in voller Gleichberechtigung teilnehmen.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken treten dafür ein, daß die Beziehungen zwischen allen Staaten auf den Prinzipien der souveränen Gleichheit, der Achtung der territorialen Integrität, der Unantastbarkeit der Staatsgrenzen und der inneren gesellschaftlichen Ordnung beruhen. Die Deutsche Demokratische Republik ist bereit, ihre Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland wie auch mit anderen Staaten auf dieser, in der internationalen Praxis allgemein anerkannten Grundlage zu gestalten.

Es wurde festgestellt, daß einerseits eine Zunahme der in der westdeutschen Öffentlichkeit vertretenen Tendenzen zugunsten eines realistischeren und vernünftigeren Kurses der BRD zu verzeichnen ist und andererseits die nach wie vor gefährliche Aktivität der revanchistischen und neonazistischen Kräfte, die eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges anstreben, nicht nachläßt.